

Regierungsrat kleidet sich regellos

Der Thurgauer Regierungsrat muss sich nicht an einen Dresscode halten. Von Mitarbeitern der Kantonsverwaltung wird anständige und saubere Kleidung erwartet. Auch das Gericht kennt keine Kleiderordnung, aber klare Erwartungen.

SEBASTIAN KELLER

FRAUENFELD. Carmen Haag muss sich keine neue Garderobe kaufen. Die frischgewählte Regierungsrätin, die ihr Amt am 1. Juli antritt, passt optisch schon ins Bild der Exekutive. Einem Dresscode müssen die Magistraten nicht genügen, wie Informationschef Walter Hofstetter sagt. «Sie kommen so oder so immer gut gekleidet.» Bei einem Besuch einer anderen Regierung verständige man sich aber über die Kleidung: Beispielsweise elegant am Abend und sportlich am Nachmittag. «Wobei sportlich einfach ohne Krawatte bedeutet», präzisiert Hofstetter.

Auch die Mitarbeiter der Kantonsverwaltung müssen keine Kleidervorschriften befolgen. «Erwartet wird saubere und anständige Kleidung», sagt der Informationschef. Die Amtschefs könnten Vorgaben machen – ihm sind aber keine bekannt.

Die Gemeinde Goldach hatte jüngst Kleidervorschriften für ihre Mitarbeitenden erlassen: «No-Gos» sind am St. Galler Bodenseeufer kurze Hosen bei Männern und bauchfreie Tops und Miniröcke bei Frauen.

Grosser Rat ohne Vorschrift

Die Mitglieder des Grossen Rates verwarfen vor mehr als zehn Jahren einen Artikel in der Geschäftsordnung, der ihnen auferlegen sollte, in «schicklicher Kleidung» zu erscheinen. Laut Grossratspräsident Bruno Lüscher (FDP, Aadorf) bedarf es auch keinen solchen Passus: «Wenn man heute mit Jeans in die Oper kann, kann man damit auch ins Parlament.» Mit einem Ordnungsruf könnte er Mitglieder ohnehin auf unangemessene Kleidung hinweisen. «Ich hatte aber noch nie Grund dazu», sagt Lüscher, der selber auf Anzug und Krawatte setzt.

Keine Vorschriften gibt es für die Mitarbeitenden der Gemeinde Aadorf. «Bauchfrei geht aber



Bild: Donato Caspari

Regierung ab 1. Juni: Staatsschreiber Rainer Gonzenbach, Jakob Stark, Monika Knill, Claudius Graf-Schelling, Carmen Haag und Kaspar Schläpfer.

nicht», sagt Lüscher in der Funktion als Gemeindeammann. «Man ist ja nicht in der Freizeit.»

Bei Gericht wird es erwartet

Beim Obergericht des Kantons Thurgau sieht es etwas anders aus. «Krawatte und Jackett werden erwartet», sagt Giovanni Schramm, leitender Ober-

gerichtsschreiber. Diese Erwartung gilt für Richter, Staatsanwälte und Verteidiger, nicht für Angeklagte. «Es macht aber den besseren Eindruck, in gepflegter Kleidung zu erscheinen», betont Schramm. Einen Einfluss auf den Prozess habe dies aber nicht. Bei Verhandlungen im Sommer erlaube der Gerichtspräsident

schon mal Tenuerleichterung. Dankbar hängen die Anwesenden dann jeweils ihre Jacketts über die Stuhllehne. Explizite Kleidervorschriften gibt es am Obergericht keine mehr.

«Ein Thema, aber kein Problem»

Eine Kleiderordnung hat die Pädagogische Hochschule Thur-

gau (PHTG) nicht – weder für die rund 270 Mitarbeitenden noch für die rund 750 Studierenden. «Wir versuchen in jeder Situation angemessen aufzutreten», sagt Rektorin Priska Sieber und illustriert dies wie folgt: Wenn ein Forschender Daten auswertet, dürfen seine Jeans verwaschen sein. Wenn er aber zu einem Kunden geht, ist gepflegte Kleidung angezeigt.

Von einer festgeschriebenen Kleiderordnung hält die Rektorin der PHTG nichts. «Kleider sind ein Thema, aber kein Problem», sagt sie. In der Lehrerbildung werde die Kleidung thematisiert. «Lehrer müssen sich bewusst sein, dass sie als öffentliche Personen mit ihrem Auftreten eine Aussage machen», sagt Priska Sieber.

Bundesversammlung Nur Ständerat kennt Passus

Ständeräte tragen Anzug oder Krawatte – so legt das Ratsbüro das Geschäftsreglement der kleinen Kammer aus. In diesem heisst es unter Artikel 33: «Die im Rat anwesenden Personen tragen eine schickliche Klei-

dung.» Das Geschäftsreglement des Nationalrates kennt seit rund zehn Jahren keine ausdrückliche Vorschrift zur Schicklichkeit mehr. Eine der Würde des Rates nicht angemessene Kleidung könnte aber als störendes Verhalten aus-

gelegt werden, wie im Vademecum für die Bundesparlamentarier nachzulesen ist. Die Präsidentin oder der Präsident des Nationalrates könnte in einem solchen Fall das Ratsmitglied zur Ordnung rufen. (seb.)

Raumplanung wird zur Raumentwicklung

FRAUENFELD. Das Departement für Bau und Umwelt hat beschlossen, das kantonale Amt für Raumplanung in Amt für Raumentwicklung (ARE) umzubenennen. Die Aufgaben der kantonalen Raumplanung sowie der Fokus des Amtes hätten sich im Verlaufe der Jahrzehnte gewandelt, schreibt das Departement in einer Mitteilung. Einerseits habe die Komplexität der Fragestellungen zugenommen. Andererseits habe sich aber auch das fachliche Verständnis von der reinen Planung hin in Richtung räumliche Entwicklung verschoben. Anstelle des bisherigen Plans stehe heute das Schaffen möglichst optimaler Rahmenbedingungen für die räumliche Entwicklung des Kantons im Vordergrund. Die Namensänderung gilt seit Anfang Jahr.

22 Mitarbeiter, ein Lernender

Das Amt wird seit Oktober 2012 von der Kantonsplanerin Andrea Näf-Clasen geleitet. Stellvertreter ist Hubert Frömel, der auch die Abteilung übergeordnete Planung leitet. Der Abteilung Ortsplanung steht Matthias Gredig vor, Raimund Hipp leitet den Bereich Natur und Landschaft und Jürg Thomas Dünner die zentralen Dienste. Insgesamt sind 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ein Lernender beschäftigt. Aktuelle Projekte sind die Erhebung der Siedlungsflächenpotenziale (Raum+), die Erarbeitung des Raumkonzeptes Thurgau, die Änderung des kantonalen Richtplans sowie die Uferplanung am Obersee. (red.)

RICHTIG

Die GLP-Kantonsrätin aus Mammern heisst Esther Kuhn – und nicht Kunz wie im Artikel «GLP will Nationalratssitz halten» in der Ausgabe von gestern versehentlich geschrieben worden ist. (red.)

Mikrosteuer am Bancomat

Alt Vizekanzler Oswald Sigg wirbt in Weinfelden für das bedingungslose Grundeinkommen. Finanzieren will er es mit einer Finanztransaktionssteuer.

MARGRITH PFISTER-KÜBLER

WEINFELDEN. «Wir sind hier in einem Meinungsbildungsprozess und wir sind nicht alle der gleichen Meinung», so der SP-Präsident Walter Strasser am Mittwochabend in der Gerichtsherrenstube des Restaurants Traube. Vorne am Rednerpult stand Alt Vizekanzler und Bundesratsprecher Oswald Sigg, einer der führenden Köpfe der Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen von monatlich 2000 bis 2500 Franken für alle Menschen in der Schweiz.

Unterstützung nicht nur in Not

Akribisch skizzierte er das Ziel der Idee «Bedingungsloses Grundeinkommen». Dieses ersetze weder AHV noch IV. Sigg zitierte die Bundesverfassung, deren Artikel 12 das Recht auf Hilfe in Notlage sichert. Der Mensch habe aber Recht auf Unterstützung, nicht nur in Notlagen. Während der Vortrag fortschritt, wuchs bei den anfangs tuschelnden Zuhörern das Interesse. Sigg geisselte die Roboter- und Wachstumsideologie, die Lohnarbeitsplätze vernichtet: «Bald müssen wir die 20-Stun-



Bild: Margrith Pfister-Kübler

Oswald Sigg referiert bei der SP Weinfelden.

den-Woche einführen. Heute sind nicht die Menschen der Massstab, sondern der Franken.»

Neue Finanzierungsidee

Von Sigg als kleine Sensation bezeichnet wurde das Konzept einer Mikrosteuer auf den ge-

samten Zahlungsverkehr. Diese avisiert den Interbanken-Zahlungsverkehr als Steuersubstrat. Betrage die Steuer zwei Promille, bringe die Mikrosteuer 200 Milliarden Franken pro Jahr. Sigg nannte als Beispiel: Bei einem Bezug von 100 Franken am Bancomat gehen 20 Rappen in die Kiste des Grundeinkommens-Projekts. Das Konzept stammt laut Sigg von einem Zürcher Investmentbanker. «Wir werden diese Idee im Komitee nun prüfen; so wäre eine solidarische Finanzierung möglich.»

Neue Definition von Arbeit

Wenn ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werde, müsse der Begriff Arbeit neu definiert werden, hiess es in der Runde. Falle der Druck auf Arbeit weg, würden weniger Gesundheitskosten anfallen. Offen blieb die Frage, wer die unbeliebten Arbeiten mache, wenn man ja durchs Grundeinkommen ohne Zwang sei. Geändert werden müsste auch das Schulsystem. Befürchtet wurde verstärkte Zuwanderung. «Mir kommt das spanisch vor», sagte der Gewerkschafter Walter Knill: «Arbeit ist doch für jeden eine tägliche Befriedigung.»

Gemeinsame Projekte fehlen

Grenzüberschreitende Projekte gibt es kaum noch, bedauert Hilmar Wörnle. Der Konstanzer Stadtvermarkter war Gast des Swiss German Clubs.

KURT PETER

KONSTANZ. Am ersten Stammtisch des Serviceclubs Swiss German Club (SGC) Region Bodensee konnte Geschäftsführer Herbert Galda einen Mann begrüßen, der über grosse Erfahrungen in grenzüberschreitenden Projekten verfügt: Hilmar Wörnle, Geschäftsführer der Konstanzer Stadtmarketing GmbH. In der Vergangenheit sei die Zusammenarbeit Kreuzlingen-Konstanz intensiver und erfolgreicher gewesen. Doch dies sei leider nicht mehr so, sagte Wörnle. So scheiterten die gemeinsamen Projekte Bodensee-Arena, Seenachtfest und Neuzuzügerpaket.

Es gibt noch viele Ideen

Über grenzüberschreitende Planungen wie jene für ein Konzert- und Kongresshaus sei eine Art «Stillschweigen» vereinbart worden. Der SGC könne sich in gewissen Bereichen für interessante Projekte einsetzen, meinte Wörnle auf Nachfrage aus der neunköpfigen Runde im Konstanzer Hotel Barbarossa. Ein Engagement am Jugendfest wäre willkommen. Diese von Kreuzlingen und Konstanz gemeinsam



Bild: Kurt Peter

SGC-Präsident Herbert Galda mit seinem Gast Hilmar Wörnle.

durchgeführte Veranstaltung soll 2015 beim Kreuzlinger Jugendhaus stattfinden. Er hoffe auf ein offenes Ohr beim Kreuzlinger Gewerbe und den Detailhändlern. Wenn er einen grossen Wunsch habe, dann die Wiederbelebung des gemeinsamen Neuzuzügerpakets, das von dieser Interessengruppe gestoppt worden sei. Auch Kreuzlingen könne von einem grenzüberschreitendem Markt profitieren. Es sei keinesfalls im Konstanzer Interesse, dass in der Nachbarstadt die Geschäfte kaputtgemacht würden. Eine interessante Aufgabe für den SGC sah er in der Erarbeitung eines Knigge für Deutsche in der Schweiz. In der

Schweiz stehe Freundlichkeit und Bescheidenheit ganz oben auf der Liste. «Und das beginnt schon beim Restaurantbesuch.»

Respekt vor Entscheid

Das Abstimmungsergebnis vom Wochenende wurde nur kurz gestreift. Dass die Initiative gegen die Masseneinwanderung angenommen worden sei, so die einhellige Meinung, sei ein Resultat der direkten Demokratie. Ebenso einig waren sich die SGC-Mitglieder, dass «Arroganz der EU» am falschen Platz sei. Das Resultat sei zu respektieren und würde in manchen Ländern der Europäischen Union kaum anders ausfallen.